

MITTLINKS Februar 1/14

Schlaglichter auf
einige »Baustellen«
der bezirklichen Arbeit
in Hamburg-Mitte

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte

Unwort des
Jahres 2013
Sozialtourismus



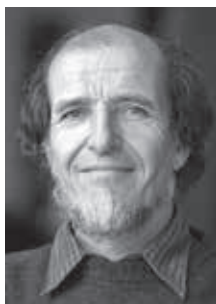


Foto: Matthias Krüttgen

Liebe MitbürgerInnen in Hamburg Mitte,

Sie halten die letzte Ausgabe unserer Fraktionsbroschüre zu „Baustellen der Bezirkspolitik“ in dieser Wahlperiode in Händen. Naturgemäß ist die „Baustellen“-Betrachtung diesmal etwas grundsätzlicher, nach drei Jahren faktischer SPD-Alleinherrschaft in der Bürgerschaft und im Bezirk muss das eine oder andere kritisch gewürdigt werden. Insbesondere, weil Senat und Bezirks-SPD sich dauernd selbst bejubeln. Wir sorgen für etwas mehr Transparenz.

Natürlich kann hier nur eine Auswahl von Themen behandelt werden (Inhalt nebenstehend), wir hoffen dennoch, Ihnen deutlich machen zu können, was DIE LINKE in der Bezirksversammlung will und wo ihre Schwerpunkte und Alternativen liegen. Wir wollen das auch weiter vertreten: Dafür bitten wir herzlich um Ihre Unterstützung.

Die Wahlperiode war sehr bewegt, mit einer unvorhergesehenen Neuwahl des Bezirksamtsleiters, mit diversen personellen Veränderungen in allen anderen Fraktionen (Übertritte unter Mitnahme des Mandats außer in der LINKEN). Dennoch war die Periode insgesamt geprägt von der durchstimmenden SPD/(FDP)-Mehrheit, von der anfangs angekündigten Gesprächskultur ist nicht viel geblieben.

Ein Löcken wider den Stachel der selbstverordneten Schuldenbremse findet nicht statt, die von oben verordneten Kürzungen und Streichungen werden brav ausgeführt. Und wo Protest befürchtet wird, da bringt die SPD das Löschmittel Quartiersfonds zum Einsatz. Oder sie verteilt lange zurückgehaltene Sondermittel in den letzten Monaten vor der Wahl (Drucksache XX/4943, Antwort auf eine Anfrage der SPD).

Wir sagen es bei jeder Gelegenheit: Wir wollen auskömmlich finanzierte Bezirke, die die ihnen übertragenen Aufgaben auch erfüllen können! Und wir wollen eine umfassende BürgerInnenbeteiligung, die finanziert und deren Stimme gehört wird! Demokratie fängt vor der eigenen Haustür an.

Bernhard Stietz-Leipnitz, Fraktionsvorsitzender

Inhalt

Wohnungsbauprogramm – für wen? (Bernhard Stietz-Leipnitz)	3	Bürgerbeteiligung nicht mehr gewollt? (Bernhard Stietz-Leipnitz)	15
Inklusion – Vorwand für Kürzungen? (Christine Detamble-Voss)	5	Billstedt und die Flüchtlinge (Uwe Böhm)	17
Bürgerpreis 2013 (Christine Detamble-Voss)	7	Sprung über die Elbe? (Ronald Wilken)	18
Quartiersfonds (Bernhard Stietz-Leipnitz)	8	Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel (Manfred Schubert)	19
Stadtteilkultur und Betriebswirtschaft (Bernhard Stietz-Leipnitz)	10	Ortsumgehung Finkenwerder (Kerstin Fremder-Sauerbeck)	21
ESSO-Häuser (Bernhard Stietz-Leipnitz)	11	Nach IBA/igs: Was war, was ist? (Renate Hercher-Reis)	22
ELISA muss bleiben (Sandra Clemens)	12	Heinrich Heine – Ein Wintermärchen. . .	24
Stadtteilhäuser im Osten (Marion Fisch)	14	Kontakt	26

Wohnungsbauprogramm für wen?

Auf der Grundlage des „Vertrages für Hamburg – Wohnungsbau“ erstellt der Bezirk Mitte, konkret das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, Wohnungsbauprogramme: Für 2012 und 2013 sind sie im Netz zu finden unter www.hamburg.de/stadtplanung-mitte.

Dieses Programm ist gut geeignet, sich einen Überblick über die Möglichkeiten und Grenzen des Wohnungsbaus im Bezirk zu verschaffen. Allerdings stehen wir als LINKE dem Programm sehr kritisch gegenüber. Warum?

Zunächst einmal krankt das Programm an der vertraglichen Grundlage selbst: Im Vertrag für Hamburg ist festgelegt, dass zu jeweils einem Drittel geförderte, frei finanzierte und Eigentumswohnungen gebaut werden sollen. Das wäre sogar dann ungenügend, wenn es für jedes Bauprojekt anwendbar wäre, denn gebraucht werden viel mehr bezahlbare geförderte Wohnungen. Und zwar deshalb, weil mehr als die Hälfte der HamburgerInnen Anspruch auf eine geförderte Woh-

4 nung haben und außerdem bis 2017 mehr geförderte Wohnungen aus der Mietpreisbindung fallen, als selbst das „Potenzial“ im Wohnungsbauprogramm ausmacht (6.000 zu 4.200).

Nun ist es aber so, dass dieser „Drittmix“ allenfalls bei Bauvorhaben zum Tragen kommt, bei denen Politik und Verwaltung Einfluss nehmen können. Das sind solche Vorhaben, für die Befreiungen vom geltenden Planrecht gebraucht werden oder neues Planrecht geschaffen werden muss. Dort kann über städtebauliche Verträge bzw. Durchführungsverträge der Bau geförderter Wohnungen durchgesetzt werden, wenn der politische Wille da ist. Alle Bauvorhaben im Rahmen des vorhandenen Planrechts sind zu genehmigen – ohne dass entsprechende Verträge rechtlich durchsetzbar sind.

Deshalb fordern wir immer wieder, dass diese Drittelung abgeschafft gehört. Bei allen Bauvorhaben müssen mindestens 30 Prozent geförderte Wohnungen entstehen, im Rahmen neuer Bebauungspläne sind 50 Prozent geförderte Wohnungen festzuschreiben, auf Liegenschaftsgrundstücken 100 Prozent. So sieht es inzwischen das Wohnungsbauprogramm in Eimsbüttel vor, wir wollen das für Mitte auch erreichen.

Bei fast allen anderen Fraktionen in der Bezirksversammlung mangelt es aber auch am politischen Willen, so viele geförderte Wohnungen durchzusetzen. Ohne Rücksicht auf die Zahl der aus der Bindung fallenden bzw. durch Abbruch und Neubau entfallenden preisgünstigen Wohnungen wollen Fachamt und SPDFPCDU-



Ex-1000-Töpfe-Gelände in St. Georg: Über 150 neue Eigentumswohnungen, ganz ohne Wohnungsbauprogramm

Foto: Matthias Krüttgen

Grüne z.B. im Hamburger Osten keine Vorhaben unterstützen, die zu 100 Prozent geförderte Wohnungen beinhalten, auch wenn der Bauherr das möchte. Das sehen wir ganz anders!

In der inneren Stadt soll wieder mehr gewohnt werden, das wollen alle Fraktionen in der Bezirksversammlung. Aber wenn es ans Eingemachte geht, dann haben die „Investoren“ gute Karten bei der Durchsetzung von hochpreisigen Miet- oder Eigentumswohnungen. Die Immobilienspekulation treibt die Grundstückspreise in die Höhe, so dass die Baukosten nicht mehr „förderfähig“ durch die IFB (Hamburgische Investitions- und Förderbank, ehemals Wohnungsbaukreditanstalt) sind. Wobei die Förderrichtlinien dieser Anstalt öffentlichen Rechts allerdings vom Senat per Rechtsverordnung festgelegt werden.

So kommt es, dass nach unserer Schätzung maximal 20 Prozent der Neubauten in Mitte gefördert werden. Schätzung deshalb, weil sich die Verwaltung nicht

in der Lage sieht, unsere Anfragen nach der Zahl der real gebauten geförderten Wohnungen zu beantworten („eine Statistik wird nicht geführt“). 5

DIE LINKE will das ändern, sie diskutiert das bei jedem zur Genehmigung anstehenden Projekt, auch wenn die Erfüllungsgehilfen der Spekulanten uns dann vorwerfen, wir seien gegen Wohnungsbau. Ein Wohnungsbauprogramm, das einen wesentlichen Teil der Menschen in Mitte aus dem Blick verliert, bedarf dringend der Veränderung. Das wollen wir erreichen.



Jetzt im Bau:
Alstercampus,
2. Abschnitt,
fast 50% Woh-
nungen, aber
auch bezahl-
bare??

Foto: Michael Joho

Unsere Anfragen bzw. Anträge dazu finden Sie unter:

<http://www.linksfraktion-hamburg-mitte.de/>, Rubrik Anfragen und Anträge

*Bernhard Stietz-Leipnitz,
Mitglied im Ausschuss für Wohnen und Soziale Stadtteilentwicklung*

.....

Inklusion – nur ein Kürzungsvorwand?

Oder: Inklusion statt Integration wird gerufen, aber Zerschlagung von interkulturellen Beratungseinrichtungen im Bezirk ist gemeint!

Die Schließung der interkulturellen Beratungsstelle im Rathaus Wilhelmsburg war kein Einzelfall, obwohl es vom Bezirksamtsleiter Andy Grote und der SPD-Abgeordneten Anja Keuchel vehement so dargestellt wurde. Die Beratungseinrichtung wurde geschlossen, der Berater soll anderswohin, aber die Stelle selbst verblieb beim Allgemeinen sozialen Dienst (ASD). Auf diese kann sich nun ein/e SozialpädagogIn mit Migrationshintergrund und deutscher Staatsangehörigkeit bewerben.

So stellt sich die SPD Inklusion vor. Integration ist passé, „Sonderbehandlung“ ist falsch. Gleichbehandlung mit den „BIO-Deutschen“ ist nun angesagt. Übrig bleibt aus SPD-Sicht das Sprach- und Verständigungsproblem in den Behörden etc. Ja, und das will man durch beschleunigte Einstellung von Migrantinnen und Migranten in den öffentlichen Dienst beheben. Damit das auch gut klappt, ist noch eine Beauftragte für Integration und Inklusion im Bezirk Mitte notwendig.

Da war noch was ... die deutsche Staatsangehörigkeit. Kein Thema für die jetzt

Soziale Arbeit
ist mehr wert!

Foto: ver.di



18-Jährigen. Die ersten drei Generationen der Einwanderung sind außen vor. Dieser Zynismus ist nicht zu überbieten. Eines fügt sich ins andere.

Dieser Vorgang in Wilhelmsburg war der Vorbote eines Gesamtkonzeptes des Senates, die noch vorhandenen Interkulturellen Beratungen, wie zum Beispiel die Interkulturelle Begegnungsstätte (IKB) in Eimsbüttel und St. Pauli, ebenfalls „auslaufen zu lassen“, das heißt die Gelder dafür nicht mehr zu bewilligen. Somit sind sie zur Aufgabe gezwungen. Ein bis zwei Jahre noch und dann war's das. So einfach ist das. Wenn dieser Plan umgesetzt wird, sind die Folgen katastrophal.

Der Bezirk
Mitte verliert
eine Reihe von
Beratungsan-
geboten, deren
MitarbeiterIn-
nen sehr indi-
viduell, diskret,
sensibel und
hoch kompet-
ent beraten, be-
gleiten, unter-
stützen, trösten.

Der Bezirk Mitte verliert eine Reihe von Beratungsangeboten, deren MitarbeiterInnen sehr individuell, diskret, sensibel und hoch kompetent beraten, begleiten, unterstützen, trösten. Insbesondere Frauen brauchen diese vertraute Atmosphäre, um über ihre Sorgen sprechen zu können, zum Beispiel bei Flüchtlingstraumata, Gewalterfahrungen, Zwangsheirat, Scheidung, Einsamkeit von Witwen und bei diversen anderen Problemen. Aber auch Männer sind froh, sich in einem geschützten Raum aussprechen und um Hilfe bitten zu können. Und auch Paare kommen gerne. Es ist eben ein gewaltiger Unterschied zum Aufsuchen einer Behörde, die mit der Polizei und mit anderen Ämtern, Jugendamt, ASD, Schule, Jobcenter, Team Arbeit Hamburg etc. über ein entsprechendes Computerprogramm, Dienststanweisungen oder Meldepflicht vernetzt ist.

Diese Angebote sind in Hamburg die einzigen Reste der einmal erkämpften Frauen- und Männerberatungseinrichtungen, die nicht Teil des Staatsapparats sind.

Der CDU-Senat hat nach 2001 durch Senatorin Schnieber-Jastram einen Großteil der Frauenberatungseinrichtungen privater Träger und Initiativen etc. „ver-

nichtet“. Einige der Angebote landeten bei Kirchen und Wohlfahrtsverbänden. 7 Die übriggebliebenen und noch heute existierenden will nun der SPD-Senat verschwinden lassen, weil, wie schon gesagt, die SPD meint, sie seien überflüssig. Punktum, hat sich erledigt.

Die doch noch vorhandenen Beratungsbedarfe können ja während der üblichen Sprechzeiten im Bezirksamt oder beim ASD geklärt werden. Übrigens, im Neubau vom Bezirksamt in der Spaldingstraße sollen Großraumbüros geplant sein...

Soviel Inhumanität auf einmal macht einen schon sprachlos. Doch richtig gruselig ist die Tatsache, dass die anderen Parteien diese Grausamkeiten gar nicht sehen.

Aber: DIE LINKE wird Sie nicht in Ruhe lassen und ihnen mutig ihre Heuchelei vorhalten. Mit Fakten, fundierter Systemkritik und anderen, besseren Konzepten.

Wir sind die Stimme des Widerstandes und Protestes in den Parlamenten, auch in Mitte!

P.S.: Was wird wohl in dem neuen Integrationsleitbild für Mitte stehen? Es soll schon seit Wochen bei Herrn Grote auf dem Schreibtisch liegen. Und was wird nun mit dem Integrationsbeirat und mit dem BürgerInnenpreis für herausragende Leistungen in der Integrationsarbeit?

*Christine Detamble-Voss,
Mitglied im Jugendhilfeausschuss und im Sozialausschuss*

.....

Bürgerpreis 2013 für Dzoni Sichelschmidt

„Miteinander in Hamburg Mitte – Bürgerpreis für Menschen, die sich für Integration einsetzen, damit aus Zuwanderern Einheimische werden. Integration braucht solche Vorbilder ...“ – so heißt es in der Präambel zum Bürgerpreis für Integration.

DIE LINKE hat für den Preis 2013 Dzoni Sichelschmidt vorgeschlagen. Wir freuen uns, dass Herr Sichelschmidt den mit einem Preisgeld von 2500 Euro verbundenen ersten Preis bekommen hat!

Dieses Geld wird ausschließlich für die Gründung eines Jugendverbandes von Sinti und Roma verwendet: NEVO DRUM e.V. Ziele dieses Verbandes sind: Selbstorganisation, Integration und Affirmation der jungen Roma in die so genannte Mehrheitsgesellschaft. Nach seiner Gründung wird er sich dem Gesamtjugendverband der Sinti und Roma in Deutschland anschließen.

- 8 Näheres darüber, warum Familie Sichelschmidt 2002 den Kosovo verlassen musste und welche Erfahrungen sie in Nordrhein-Westfalen machte, ist in einem älteren Interview mit ihm im Netz nachzulesen: <http://www.krit.de/roma/interview.php>.

Hier in Hamburg war Herr Sichelschmidt einige Jahre im Haus der Familie



Dzeni Sichelschmidt im
Kreise „seiner“
Kinder

Foto zur Verfügung
gestellt von Christine
Detamble-Voss

als Honorarkraft in vielen Projekten zusammen mit Romakindern aktiv (siehe Foto). Seine Vielsprachigkeit (er spricht sieben Sprachen), seine berufliche Qualifikation und sein politisches Engagement für die Rechte der Roma, sein unermüdlicher Einsatz als Berater und Dolmetscher in Romafamilien in Hamburg haben dazu geführt, dass er nunmehr

eine feste Anstellung bei der Schulbehörde hat und als Berater in vier Schulen (Rudolf Ross, Königstraße, Am Hafen und Maretstraße in Harburg) sowie in der Lehrerfortbildung tätig ist.

Darüber hinaus organisiert er viele auch künstlerische Projekte und macht Musik.

Christine Detamble-Voss, Mitglied im Sozialausschuss

.....

Der Quartiersfonds – Löschmittel für Schwelbrände?

Mit dem Haushalt 2013/14 wurde der so genannte Quartiersfonds für bezirkliche Stadtteilarbeit eingeführt. Auf den Bezirk Hamburg-Mitte entfallen davon 243.600 Euro (für ganz Hamburg stehen 1,5 Millionen Euro zur Verfügung). Grundsätzlich ist es natürlich zu begrüßen, dass zusätzliche Mittel für die Stadtteilarbeit zur Verfügung stehen.

Allerdings beginnen unsere Zweifel schon bei der „Zusätzlichkeit“ der Mittel. Ist es nicht vielmehr so, dass diese Mittel zunächst mal anderswo gekürzt werden? Ist es nicht so, dass die Mittel für bezirkliche Stadtteilarbeit im Haushalt eingefroren wurden? Heißt das nicht, dass die Vereine, Initiativen und Organisationen, die im Stadtteil tätig sind, keinen Inflationsausgleich mehr erhalten, also einer schlei-

chenden Kürzung ihrer Mittel ausgesetzt sind? Ist es nicht so, dass die „institutionelle Förderung“ von z.B. Bürgerhäusern und Geschichtswerkstätten ohnehin nie auskömmlich war und im Falle der Geschichtswerkstätten dank Kultursenatorin Dana Horáková im Jahr 2004 sogar um 25 Prozent gekürzt wurde? 9

Noch mehr Zweifel beschleichen uns, wenn es um die Art und Weise der Mittelverteilung geht. Eigentlich sollen die möglichen EmpfängerInnen der Mittel Anträge an den Bezirk stellen, über die dann die Bezirksversammlung entscheidet. In der Praxis in Hamburg-Mitte läuft es anders: Ein Teil der Mittel wird auf Vorschlag der Verwaltung vergeben, der Rest auf Antrag von SPD und FDP. Ob jemand einen entsprechenden Antrag gestellt hat, und welches im Zweifel die Auswahlkriterien unter verschiedenen AntragstellerInnen gewesen sein mögen – das hat die Bezirksversammlung leider nicht erfahren. Und Anträge der Opposition hatten ohnehin keine Chance.

So bleibt der fatale Eindruck, dass der Quartiersfonds keineswegs zur Förderung von guten, womöglich neuen Ideen der bezirklichen Stadtteilarbeit gedacht ist. Vielmehr hat sich der Senat ein Mittel einfallen lassen, mit dem die drohenden

Proteste in den Stadtteilen, wenn gut eingeführte Institutionen vor dem Aus stehen, abgewiegelt werden können. Natürlich haben wir den Vorschlägen von Verwaltung und SPD nicht widersprochen,



Freizeithaus Kirchdorf Süd: Hier wird seit vielen Jahren hervorragende, aber unterfinanzierte Stadtteilkulturarbeit geleistet. Dennoch: Glückwunsch zum Jubiläum!

Foto: Christine Wolfram

es waren keine unsinnigen Zuwendungen dabei. Aber die Verteilung nach Guts-herrenart lässt befürchten, dass für die SPD missliebige Akteure kalt ausgebremst werden sollen.

Unser Antrag auf 15.000 Euro zur Fortführung des Stadtteilbeirats St. Georg wurde selbstverständlich von der SPD/FDP-Koalition abgelehnt. Umso merkwürdiger mutet dann die Ansage des Senats in der Bürgerschaftsdebatte über einen Antrag der LINKEN zur Finanzierung von BürgerInnenbeteiligung an, dass doch der Quartiersfonds genutzt werden solle, um die Fortführung von auslaufenden Beteiligungsgremien zu sichern. Ein Schelm, der Böses dabei denkt!

Bernhard Stietz-Leipnitz, Mitglied im Kulturausschuss

10 Stadtteilkultur und Betriebswirtschaft

Projektförderung, Kennzahlen und Evaluation bei bezirklichen Kultureinrichtungen

Der Kulturausschuss der Bezirksversammlung hat als vornehmste Aufgabe die Vergabe von jährlich zirka 77.000 Euro an Projektfördermitteln für die Stadtteilkultur. Dies geschieht oft in großer Übereinstimmung der Parteien, und meist geht es auch tatsächlich um Stadtteilkultur, das heißt um kulturelle Projekte aus dem Stadtteil für den Stadtteil. Nur selten müssen Anträge abgelehnt werden, die nichts mit einem Stadtteil, ja nicht einmal mit dem Bezirk zu tun haben, oder weil die Antragsteller meinen, sie müssten mal eben 15 oder 20.000 Euro für ein Projekt beantragen.

Ärgerlich ist allerdings, dass oft Selbstverständliches wie Leseförderung in öffentlichen Bücherhallen als Projekt beantragt und gefördert werden muss, weil die Bücherhallen solche Aktivitäten nicht in ihrem Budget haben. Wir meinen, das gehört zu den selbstverständlichen Aufgaben eines Stadtteilkulturzentrums, das die Bücherhallen ja vielerorts sind.

Ebenso ist völlig unangemessen, dass die institutionelle Förderung der Stadtteilkultureinrichtungen an keiner Stelle auskömmlich ist. Schlimmer noch, das Einfrieren der Förderung führt dazu, dass die Inflation die Handlungsmöglichkeiten immer weiter schrumpfen lässt. Das kann auch der Kulturausschuss aus seinen be-

scheidenen Fördermitteln (s.o.) nicht korrigieren.

Und schließlich greift die Verbetriebswirtschaftlichung im „Konzern Hamburg“ auch immer mehr in den Bereich der Stadtteilkultur durch. Erfolg wird an inhaltsleeren, aber mit bürokratischem Aufwand zu ermittelnden so genannten



Ausstellungseröffnung im
Kulturladen
St. Georg

Foto: Michael Joho

Kennzahlen gemessen. Und ständig wird irgendetwas „evaluiert“ (früher hieß das „Auswertung“), und wehe, die Erwartungen der externen Berater, die solche Evaluationen durchführen, werden nicht erfüllt.

Stadtteilkultur kann dazu beitragen, dass Bürgerinnen mündig werden, ihre demokratischen Rechte wahrnehmen und sich ihres eigenen Verstandes mutig bedienen (Kant). Deshalb ist jeder Euro für die Stadtkultur gut investiertes Steuergeld. Kürzen der (Stadtteil-)Kultur ist Kürzen der Demokratie, das lehnen wir grundsätzlich ab!

Bernhard Stietz-Leipnitz, Mitglied im Kulturausschuss

ESSO-Häuser – Kaputtbesitzen darf sich nicht lohnen!

11

Vor einigen Jahren erwarb die „Bayerische Hausbau“, ein Unternehmen der Schörghuber-Gruppe (bekannter Strauß-Spezi), die so genannten ESSO-Häuser am Spielbudenplatz. Das geschah von vornherein mit der festen Absicht, die Häuser abzureißen und sehr viel verdichteter neu und zum großen Teil hochpreisig zu bauen. Deshalb wurde die ungute Tradition der Vorbesitzer-Familie, nämlich die Häuser verrotten zu lassen und keinerlei Instandhaltung oder gar Instandsetzung vorzunehmen, nahtlos fortgesetzt.

In der richtigen Erkenntnis, dass dies ein umstrittenes Projekt sein würde, gab es seitens der „Hausbau“ viele – von einem externen Moderator begleitete

– Gespräche mit der dortigen BewohnerInnen-Initiative, aber auch mit der Kommunalpolitik und u.a. dem damaligen Bürgerschaftsabgeordneten Andy Grote. In diesen Gesprächen hat sich DIE LINKE immer klar und eindeutig für die Instandsetzung und den Erhalt der Häuser ausgesprochen, auch dann noch, als andere



nur noch über die Wohnraumversorgung der „freigesetzten“ MieterInnen diskutierten und immer mehr Verständnis für die „wirtschaftliche Unzumutbarkeit“ des Erhalts aufbrachten.

So hat es schon mehr als ein G'schmäcke, dass nunmehr – nach mehr als 20 Jahren ohne jede nennenswerte Instandhaltungsinvestition – die Häuser als nicht mehr standsicher gelten und abgerissen werden. Unter anderem deshalb sagen wir mit der Initiative: Kaputtbesitzen darf sich nicht lohnen! Wenn schon Abriss, dann Neubau mit 100% geförderten Wohnungen und günstigen Mieten für die rückkehrwilligen Gewerbmieten. Ein Antrag von uns in der Bezirksversammlung mit diesem Tenor wurde im Dezember – wen wundert's? – gegen die Stimmen der LINKEN und der Piraten abgelehnt.

(Im Netz unter: http://www.linksfraktion-hamburg-mitte.de/politik/anfragen_und_antraege)

Der Abriss
hat schon
begonnen ...

Foto: Jonas Walzberg
(mittendrin)

Bernhard Stietz-Leipnitz, Mitglied im Bauausschuss

12 Elisa muss bleiben

Seit über zwei Jahren beschäftigt uns der drohende Abriss und Neubau des Gebäudekomplexes der vhw Am Elisabethgehölz/Chapeaurougeweg in Hamm. Von Anfang an hat unsere Fraktion sich solidarisch gegenüber der Initiative gezeigt, die für den Erhalt der Gebäude im Schumacherstil kämpft. In zwei Ausgaben der MITTLINKS haben wir über dieses Thema berichtet (1/12: „Rettet Elisa“ und 1/13: „Elisa kämpft weiter“).

Rückblick: Als es hieß, das historische Backsteinensemble soll abgerissen und durch teure Neubauten ersetzt werden, bildete sich innerhalb der Bewohnerschaft ein großer Widerstand gegen diese Pläne. Der Bezirk berief einen Runden Tisch, bestehend aus Kommunalpolitik, Bewohnern, Mieterverein und vhw, ein. Dieser Runde Tisch tagte mehrmals und sollte eigentlich ergebnisoffen sein. Schön früh zeigte sich, dass die vhw an ihren Abriss- und Neubauplänen festhält. Der bereits



Bauherr vhw –
wohl dem,
der nicht
betroffen ist

Foto: Sandra Clemens

eingereichte Abrissantrag wurde zunächst auf Eis gelegt. Die vhw legte den anvisierten Mietpreis von zirka 11 Euro pro Quadratmeter ad acta. Es sollten beim Neubau auch geförderte Wohnungen entstehen, doch oft größer als die Wohnungen des jetzigen Bestandes. Die Bewohner

befürchten eine Mieterhöhung durch die Hintertür: Ist die neue Wohnung zehn Quadratmeter größer, ist sie trotz Förderung teurer.

Jahrelanger Leerstand

Ein Ärgernis, das auch beim Runden Tisch immer wieder zur Sprache kam, war der jahrelange Leerstand vieler Elisa-Wohnungen. Bei den Gesprächen wurden mehrere Lösungsvorschläge für eine Zwischenvermietung erarbeitet, die vhw sah sich trotzdem nicht in der Lage, zumindest die gut erhaltenden Wohnungen zu vermieten. Stattdessen ließ die vhw Ende 2013 die Wasserzähler der leer stehenden Wohnungen abmontieren, mit dem Argument, das sei ja so teuer. Doch es ist nichts im Verhältnis zu den Mieteinnahmen, die der Genossenschaft Monat für Monat entgehen.

Abrissantrag über die Presse lanciert

13

Im Jahr 2013 erfuhren wir aus der Presse, dass die vhw ihren ruhenden Abrissantrag wieder eingebracht hat. Dieser kam dann auch im eigentlich nicht-öffentlichen Unterbauausschuss Hamm/Horn/Borgfelde/Rothenburgsort auf den Tisch, die Öffentlichkeit war durch die Presse allerdings längst gegeben.

Workshops zu Elisa II

Im Sommer 2013 begann die vhw, Anwohnerinnen und Anwohner zu Workshops zu „Elisa II“, wie der Neubau bereits genannt wird, einzuladen. Als Vertreter der Kommunalpolitik waren nur die SPD und die FDP eingeladen. Trotz dieser Workshops ist bisher kein Bauplan eingegangen, Elisa II existiert weiterhin nur als Luftschloss.

Zwei Vorstände scheitern an Elisa

Dass das Neubauvorhaben Elisa II eine harte Nuss ist, wird dadurch deutlich, dass sich bereits zwei Vorstände die Zähne daran ausgebissen und ihren Job gekündigt haben. Wir hoffen, dass der neue Vorstand einen neuen Weg einschlägt.

Konzept der sozialen Erosion

Besonders im letzten Jahr haben immer mehr Bewohnerinnen und Bewohner ihre Elisa-Wohnungen verlassen. Die noch verbleibenden Bewohner versuchen mittels Patenschaften, der zunehmenden Einsamkeit entgegenzuwirken. Der harte Kern will Elisa bis zum Anrücken der Abrissbirne verteidigen, denn sie wissen nicht, wohin sie letztlich zurückziehen können. Schließlich ist Elisa II immer noch nicht konkret, noch ist unklar, ob die vhw nicht im letzten Moment einen Rückzieher macht und das Grundstück im schlimmsten Fall veräußert.

Ausblick: Auch die neue Bezirksfraktion wird solidarisch zur Initiative „Rettet Elisa“ stehen. Wir sind weiterhin für eine behutsame Instandsetzung der Gebäude. Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns die Nachricht der vhw, dass sie einen Bauantrag für den Neubau eingereicht habe. Sollte dieser mit Abweichungen vom geltenden Planrecht gestellt sein, werden wir diesem nicht zustimmen.

Für Elisa kommt sie möglicherweise zu spät, aber: Wir halten an der Forderung nach einer Sozialen Erhaltungsverordnung für Hamm fest.

Gemeinsam mit der Bürgerschaftsfraktion werden wir uns darüber hinaus dafür einsetzen, dass Leerstand in Hamburg strenger geahndet wird. Elisa hat uns außerdem gezeigt, dass die Fördermittelvergabe für Neubauten neu zu regeln ist: Statt einer Abwrackprämie für jahrelang nicht instandgesetzte Gebäude sollte die Sanierung stärker in den Fokus rücken.

Wir sind weiterhin für eine behutsame Instandsetzung der Gebäude.

Sandra Clemens,

Mitglied im Regionalausschuss Horn, Hamm, Borgfelde, Rothenburgsort

14 **Stadtteilhäuser im Osten – Fortsetzung folgt**

Bezirksamtsleiter Andy Grote betont im Wochenblatt vom 29.1.2014, dass die Bürgerinnen in Mitte „ein bisschen Lebensqualität gewonnen“ hätten. Die Politik ist offenbar bescheiden geworden. Und für die Bürgerinnen und Bürger in Horn gilt weiterhin, dass 2013 ein Jahr des Stillstands bei ihrem Stadtteilhaus, der „Horner Freiheit“, war. Die Geduld des Trägervereins ist angesichts dieser fortlaufenden Verzögerungen geradezu erstaunlich. Zwar wird das Stadtteilhaus als das „wichtigste Projekt für Horn“ beschrieben (Falko Droßmann), doch der Baubeginn verschiebt sich nunmehr in den Sommer 2014, und 2015 soll es dann tatsächlich am Gojenboom stehen. In der Bezirksversammlung am 23. Januar 2014 musste dann auch noch eine Finanzierungslücke von 200.000 Euro geschlossen werden – angeblich das letzte Loch des zunächst auf 6, inzwischen auf 4,5 Millionen Euro anvisierten Bauvorhabens.

DIE LINKE hat auf die Tücken des ursprünglich in einer Public Private Partnership geplanten Projekts hingewiesen (siehe Mittlinks 1/2011 und 1/2013) und ist darin wie zu erwarten bestätigt worden. Deutlich wird an diesem Beispiel, dass größere Infrastrukturmaßnahmen auch entsprechende öffentliche Mittel erfordern – und wenn die Mittel aus dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtentwicklung auslaufen (das Horner Stadtteilhaus wird noch zu 49,8% aus RISE-Mitteln finanziert), zeigen sich vor Ort plastisch die Auswirkungen der kommunalen Finanznot. Der Quartiersfonds in Höhe von zirka 240.000 Euro für ganz Hamburg-

Bürgerhaus
Wilhelmsburg
– schön, aber
ohne Instand-
haltungsmittel.
Damit es
nicht reinreg-
net, muss der
Quartiersfonds
erhalten.
Möge es den
HammerInnen
und HornerInnen
besser er-
gehen.



Foto: Christine Wolfram

Mitte ist da keine Lösung. Eine Politik, die glaubt, diese Engpässe ohne steuerliche Mehrbelastung für die Besserverdienenden stemmen zu können, ist auf dem Holzweg. Auch der Koalitionsvertrag, der sich zur „Aufwertung“ des Programms Soziale Stadt bekennt, nennt keine konkreten Zahlen für die Höhe der zukünftigen Städtebauförderung. Dass auch der Kulturpalast Billstedt um seinen dringend notwendigen Erweiterungsbau bangen muss, passt – leider – in dieses Bild.

Auch vor diesem Hintergrund sind wir als LINKE vorgewarnt bei einem anderen Stadtteilhausprojekt, das Ende 2013 auftauchte: Auf dem Gelände des Sportvereins HT 16 am Sievekingdamm soll nunmehr auch Hamm ein Stadtteilhaus erhalten – in Kombination mit neuen Sportgebäuden und – z.T. öffentlich gefördertem – Wohnungsbau. Das klingt erst einmal vielversprechend, doch auch hier ist Vorsicht geboten: Wieder soll, wie ursprünglich auch für die Horner Freiheit, städtischer Grund und Boden verkauft werden, um die Finanzierung des Projekts – mit einem Investor – zu sichern. Es wäre sicher nicht sinnvoll, beide Projekte gleichzusetzen, aber angesichts der Dimensionen des Vorhabens haben wir im Regionalausschuss Hamm/Horn/Borgfelde/Rothenburgsort im Januar einen Antrag auf umfassende Bürgerinformation gestellt. In der Sitzung am 11. Februar wurde zugesichert, dass eine solche in der ersten Sitzung nach der Sommerpause erfolgen würde – wir sind gespannt. Auch hier sind nämlich Zweifel an einer baldigen Realisierung angebracht. Dabei sind gerade in den östlichen Stadtteilen Begegnungsstätten, die allen Bürgerinnen und Bürgern mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen offen stehen, dringend notwendig.

Marion Fisch,
zugewählte Bürgerin im Regionalausschuss Horn, Hamm, Borgfelde, Rothenburgsort

.....

St. Georg: BürgerInnenbeteiligung nicht mehr gewollt?

Seit 32 Jahren gibt es unter verschiedenen Überschriften eine erfolgreiche BürgerInnenbeteiligung in St. Georg. Als mit der Einrichtung des „Entwicklungsgebiets St. Georg Mitte“ ein Stadtteilbeirat eingerichtet wurde, haben wir bereits davor gewarnt, dass das ein in die Zukunft verschobenes „Aus“ für die BürgerInnenbeteiligung sein könnte: Es war klar angesagt, dass der Beirat nur die aus RISE (= Rahmenprogramm integrierte Stadtteilentwicklung)-Mitteln geförderte Entwicklung begleiten und dann auslaufen sollte.

In bewährter Manier hat der Beirat mit durchschnittlich 60 bis 80 Teilnehmen-

- 16 den die Zuständigkeit für den ganzen Stadtteil reklamiert und stets das unheilvolle Wirken der Betongold-Mafia in St. Georg äußerst kritisch begleitet. Auch das Verhältnis zum zuständigen Fachamt war nicht konfliktfrei, aber durchaus konstruktiv. Nun ist der Zeitpunkt da: Die Förderung aus RISE läuft aus, der Beirat ist in einer „Nachsorgephase“ und soll sich nach dem Willen der SPD Gedanken machen, wie er seine Arbeit fortsetzt, ohne Kosten zu verursachen.



Schlüsselprojekt Schorsch:
Das HdJ soll abgerissen und als Integrations- und Familienzentrum neu entstehen

Foto: Matthias Krüttgen

Ein Antrag der LINKEN, der für die Aufrechterhaltung der Arbeit Mittel aus dem Quartiersfonds bereitstellen wollte, wurde von der großen Mehrheit der Bezirksversammlung abgelehnt, ebenso fand ein Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Bürgerschaft zur dauerhaften Finanzierung der Stadtteilbeiräte keine Mehrheit. Da müssen Bürgerin und Bürger sich fragen, wie ernst denn die anderen Parteien ihre ständigen Bekenntnisse zur ach so wichtigen BürgerInnenbeteiligung meinen. Alles wunderbar, nur kosten darf es nichts?

Dabei gibt es sehr gute Gründe, gerade in St. Georg die Beteiligung zu sichern:

► Drei Schlüsselprojekte der Stadtteilentwicklung sind gerade eben mit dem Ende der

Förderphase finanziell gesichert und angeschoben worden, vor allem deshalb, weil der Beirat keine Ruhe gegeben hat.

► Mehrere größere Bauprojekte kommen in die Realisierungsphase: Hansa Cube (wer weiß?), Allianz Koppel 45, Steinkreuzquartier, Alstercampus zweiter Abschnitt ...

► Der Senat will die Lange Reihe zwecks Busbeschleunigung von ampelgesicherten Übergängen „befreien“.

► Das alte Projekt Central Park am ZOB soll einer E-Bus-Ladestation zum Opfer fallen ...

Ganz abgesehen davon bleiben natürlich die ordnungspolitischen Maßnahmen zur Vertreibung missliebiger Menschen am Hauptbahnhof und am Hansaplatz streitig. Es gibt also mehr zu tun in St. Georg, als sich in nur noch vier Sitzungen des Beirates bewältigen lässt. Wir werden uns weiter für dessen kompletten Erhalt inklusive externe Begleitung und Rückkoppelung mit der Verwaltung einsetzen!

Bernhard Stietz-Leipnitz, für DIE LINKE im Beirat

Billstedt und die Flüchtlinge

17

Seit wir LINKEN uns in Billstedt einmischen, begleitet uns ein Phänomen, das wohl nicht Billstedt-spezifisch ist, aber das hier eine dynamische Ausprägung hat. In diesen eher verschlafenen Stadtteil kommt immer dann Bewegung, wenn es um Themen geht, die in irgendeiner Form mit Menschen aus anderen Kulturkreisen zu tun haben. Dann ist „Aufruhr“ angesagt. Die Veranstaltungsorte sind übermäßig gut besucht und platzen aus allen Nähten.

Als vor zirka sieben Monaten die Pläne im Stadtteil bekannt wurden, dass auf dem Gelände der ehemaligen Schule Oststeinbeker Weg zirka 60 Flüchtlinge untergebracht werden sollten, begann es zu rumoren. Initiiert durch diverse Anwohner, die ihre Eigenheimidylle bedroht sahen, wurde massiv Stimmung gegen die Unterbringung gemacht. Diesmal



Das Schulgebäude am Oststeinbeker Weg: Hier sollen die Flüchtlinge untergebracht werden

Foto: Uwe Böhm

bekam die Geschichte leider eine neue Qualität, denn die Anwohner begannen sich zu organisieren, woraus dann im Laufe der Auseinandersetzung eine Bürgerinitiative gegen die Unterbringung der Flüchtlinge entstanden ist, die auch eine eigene Webseite betreibt. Die SPD hat einen Antrag in die nächste Sitzung des Regionalausschusses Billstedt eingebracht, der sich an die Anwohnerinitiative angehängt hat. Begierig sind die Grünen und natürlich die CDU auf diesen Antrag aufgesprungen. Allerdings gab es in der SPD-Fraktion wohl auch Widersprüche. Eine Minderheit war mit diesem Antrag offenbar nicht einverstanden, aber sie hat sich kein Gehör verschafft.

Wir haben frühzeitig die Notwendigkeit gesehen, dem Treiben etwas entgegenzusetzen. Ziel war es, eine Veranstaltung zu organisieren, die im September in den Räumen der Jubilate-Kirche stattgefunden hat. Sie war für Billstedter Verhältnisse sehr gut besucht. Durch die Besetzung des Podiums wollten wir deutlich machen, dass sich die Ablehnung vordergründig gegen die Flüchtlinge richtet, aber im Prinzip haben sich viele Billstedter mit Migrationshintergrund abgelehnt gefühlt.

Nach der Veranstaltung in der Jubilate-Kirche hat sich ein Runder Tisch gegründet, der sich für die sehr praktische Unterstützung der Flüchtlinge einsetzt, die vor zirka einem Monat in die Räumlichkeiten der ehemaligen Schule eingezogen sind. Es finden regelmäßige Kaffeerunden statt. Es gibt bereits Deutschunterricht und weitere Unterstützung ist auf vielen Ebenen geplant. Wir beteiligen uns an dieser Unterstützungsarbeit. Bei unseren ersten Besuchen haben wir wirklich liebenswerte Menschen kennengelernt.

Hier zeigt sich ein schönes Billstedt. Ein Billstedt der Toleranz und der Mitmenschlichkeit – und das sollte uns freuen!!

Uwe Böhm (parteilos), Mitglied im Regionalausschuss Billstedt

18 igs/IBA – war das der Sprung über die Elbe!?

Vollmundig hatte der Senat immer wieder angekündigt, dass der „Sprung über die Elbe“ zum Wohle der WilhelmsburgerInnen geschehe. Der Stadtteil würde aufgewertet und sein negatives Image verlieren.

Das igs/IBA Event ist nun vorbei und in Wilhelmsburg ist der Alltag wieder eingeleitet. Da fragt sich so manche/r WilhelmsburgerIn rückblickend, was hat uns die igs/IBA gebracht?

Mietsteigerungen gab es schon vorher auf der Elbinsel, aber nach der so genannten Aufwertung gibt es bei Neuvermietungen eine Mietsteigerung von bis zu 30%, und durch den neuen Mietenspiegel und den Wegfall der Mietpreisbindung müssen die ansässigen BürgerInnen weiterhin mit höheren Mieten rechnen, die sie nicht mehr bezahlen können. Mit der Folge, dass viele Mieterinnen und Mieter sich eine neue Wohnung außerhalb Wilhelmsburgs suchen müssen. Der Verdrängungsprozess der MieterInnen, der schon im Vorfeld der igs/IBA begonnen hat, wird auch weiterhin anhalten.

Stattgefunden hat auch eine gigantische Umweltvernichtung zugunsten der igs/IBA. Hier nur ein paar Zahlen: 5142 Bäume, 3980 qm Gehölzwuchsfläche, 4197 laufende Meter Hecke, 2860 Quadratmeter Feuchtwiesen, 198 Kleingärten und nicht zuletzt einige Biotopflächen fielen der igs/IBA zum Opfer. Dies sind nur die offiziellen Zahlen, die von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) bestätigt wurden. Wir gehen aber davon aus, dass die eigentlichen Zahlen der Vernichtung weit höher liegen, da so einiges an Vernichtung ohne Genehmigung der BSU ausgeführt wurde.

Dass die igs mit einem Defizit von 37 Millionen Euro endete, war vorauszusehen, denn schon im Vorfeld konnte man feststellen, dass viele BürgerInnen dieses Showevent

nicht befürworteten. Nicht zuletzt die auf dem igs-Gelände betroffenen KleingärtnerInnen haben von Anfang an jegliche Zusammenarbeit mit den igs-Verantwortlichen abgelehnt. Auch das Angebot, ihnen Blumen für ihre Gärten zu schenken, hat sie nicht überzeugt. Die Unannehmlichkeiten während der igs (Behinderun-

Bunter Entwicklungskern oder doch Zwingburg? Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ist über die Elbe gesprungen und hat dadurch ein Shoppingcenter an der Stadthausbrücke ermöglicht



gen des Zugangs zu ihren Kleingärten für sie und ihre BesucherInnen durch den Wachdienst) fanden sie, gelinde gesagt, äußerst ärgerlich. Nur aufgrund von Anträgen und Anfragen an die BSU, durch unsere Mitglieder im Regionalausschuss und der Bezirksfraktion, traten umgehend spürbare Verbesserungen für die KleingärtnerInnen und ihre BesucherInnen ein. Denn nach jedem Antrag bzw. jeder Anfrage haben die Verantwortlichen reagiert und die Mängel beseitigt.

Was wir hier in Wilhelmsburg brauchen, ist bezahlbarer Wohnraum und nicht „schöne“ Häuser, wie sie anlässlich der IBA gebaut wurden. Wir brauchen Wohnungen, die NormalverdienerInnen auch bezahlen können.

Fazit: Die igs/IBA hat zwar die Bedürfnisse derer befriedigt, die schon genug Geld haben, aber nicht die Bedürfnisse der Menschen, die mit ihrem Lohn ohnehin kaum auskommen. Die WilhelmsburgerInnen werden nun wahrscheinlich einen Park bekommen, der eingezäunt ist. Dass man für diesen Park in Zukunft vielleicht auch noch Eintritt bezahlen soll, daran mag ich gar nicht denken. Auch die gigantische Umweltvernichtung, für die die PlanerInnen der igs/IBA verantwortlich sind, hat ihre unauslöschlichen Spuren hinterlassen.

Ronald Wilken,

Wilhelmsburger, zugewählter Bürger in verschiedenen Ausschüssen

.....

Neues und weniger Neues aus dem Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel

Es ist bekannt, dass die Pläne zur Verlegung der Reichsstraße von den Menschen auf der Insel nicht nur mit Wohlwollen begrüßt werden. Vielfach hört man von der Angst vor weiteren Belastungen (Lärm, Feinstäube, Gestank...).

Viele Menschen befinden sich immer noch in dem Irrglauben, dass dabei von SPD und GAL Hilfe erwartet werden kann. Ihr Argument: Bei den Demonstrationen gegen diese Trasse – an die Bahngleise verlegt – haben doch auch immer Vertreter der SPD und der GAL Seite an Seite mit uns gekämpft!

Es stimmt, dass diese immer dabei waren. Dennoch unterstützen, ja, fordern sie genau diese Trassenführung. Das verstehen viele TrassengegnerInnen nicht. Wie sollten sie auch? Leider trägt ein solches Verhalten „unserer“ VertreterInnen aus der Politik ganz massiv zur Verdrossenheit bei. Nicht die Politikverdrossenheit, sondern die Politikerverdrossenheit ist das Problem. Die Aussage, bei der geplanten Hafensperre wird es nicht anders sein, ist ein Ergebnis der beschriebenen Verhaltensweisen von rot und grün. Es ist nicht leicht, die Men-

Viele Menschen befinden sich immer noch in dem Irrglauben, dass dabei von SPD und GAL Hilfe erwartet werden kann.

20 schen davon zu überzeugen, dass sie trotzdem oder auch gerade deshalb unbedingt zur Wahl gehen müssen.

Ein Verkehrsproblem auf der Insel wird gerade gelöst. Nach über 20 Jahren konstanter Forderungen wird nun das erste Containerdepot von der Insel in den Hafen verlegt. Das trägt zur Verbesserung der Lebensqualität bei, darf aber nur der Anfang sein. Es gibt viele weitere Flächen in Wilhelmsburg und auf der Veddel, auf denen Container gelagert und repariert werden.

Rathaus
Wilhelmsburg,
Tagungsort
des Regional-
ausschusses.
Keine inter-
kulturelle Be-
ratung mehr
(siehe Artikel
zu Inklusion)



Foto: Christine Wolfram

Leider birgt diese im Prinzip großartige Tatsache auch gleich wieder negative Möglichkeiten der zukünftigen Nutzung ehemaliger Containerdepots. Wohnungsbau wollen wir als LINKE natürlich auch. Anders als die bürgerlichen Parteien wollen wir aber keine neuen Wohnungen in der nächsten Umgebung von Gefahrgutlagern und auf Gelände, das durch die ehemalige Nutzung völlig vergiftet worden ist. Wir wollen, dass Wohnungen an ungefährlichen Standorten und dann auch zu bezahlbaren Mieten gebaut werden.

Nach der Internationalen Gartenschau: Zaun und wegfallendes Tempolimit?

Am 28. Januar 2014 hatten wir als LINKE unter anderem einen Antrag eingebracht, in dem wir fordern, die Reichsstraße nur mit Tempo 50 befahren zu lassen. Dass das funktioniert, zeigte diese Geschwindigkeitsreduzierung während der igs. Es galt, einige Events vor Lärm zu schützen. Und natürlich mussten auch alle Besucherinnen und Besucher vor solchen Belastungen geschützt werden. Die igs ist vorbei und die Temporeduzierung ebenfalls. Dass man auch Einwohnerinnen und Einwohner vor gesundheitlichen Schäden bewahren kann, das wurde nicht angezweifelt. Der Antrag wurde in die Februarsitzung vertagt, weil die SPD Beratungsbedarf hat. Im Antrag hatten wir sehr ausführlich die rechtlichen Grundlagen beleuchtet und auch auf die mögliche Umsetzung wurde von uns nachdrücklich hingewiesen. Anwesende Gäste teilen unsere Meinung, sie fordern einstimmig mit der LINKEN seit langer Zeit eine Reduzierung der Belastungen und haben ebenfalls auf die gesetzlich vorgesehenen Möglichkeiten hingewiesen. Wahrscheinlich hofft die SPD, dass im Februar weniger Gäste den Regionalausschuss besuchen und dass dann der Antrag abgelehnt werden kann. Das zu verhindern, wird uns wohl leicht fallen.

Einen großen Raum in der aktuellen Diskussion nimmt der Zaun um das igs-

Gelände ein. Dazu gab es einen Antrag der LINKEN: Dieser Zaun muss abgebaut werden. SPD und GAL legten ebenfalls Anträge zum Thema vor. Die Grünen zogen ihren Antrag dann zurück. Von der CDU kam die Aussage, dass man dem SPD-Antrag problemlos zustimmen könne, weil er schwammig formuliert sei und keine konkreten Forderungen beinhalte. 21

Wir verteidigten natürlich unseren Antrag, gerade weil wir konkrete Forderungen darin formuliert hatten.

Den von der SPD gestellten Antrag auf Vertagung in die Februarsitzung mussten wir unterstützen, sonst wäre unser Antrag von der Mehrheitsfraktion am gleichen Abend direkt abgelehnt worden. Nun können wir zumindest eine weitere Diskussion führen, die von der Öffentlichkeit sehr aufmerksam verfolgt wird.

Immerhin gibt es im Mai Wahlen in Hamburg: Nicht nur das Europaparlament muss neu besetzt werden, sondern auch die Bezirksversammlungen werden neu gewählt.

Manfred Schubert, Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel

.....

Ortsumgehung Finkenwerder – das war noch nicht alles!

Viele Jahre hat es gedauert, bis endlich eine Ortsumgehung für den Ortskern von Finkenwerder geplant und gebaut wurde. Generationen von AnwohnerInnen der Ortsdurchfahrt haben sich an dem Projekt abgearbeitet und solange dem Verfall ihrer Häuser durch die Erschütterungen des Schwerlastverkehrs zusehen müssen.

Ende 2012 wurde die Umgehungsstraße Finkenwerder (UFI) mit großem Auftrieb an Prominenz eröffnet.

Ohne Zweifel ist die Zahl der Fahrzeuge auf den Straßen der Ortsdurchfahrt seither gesunken – nur leider nicht in dem Maße, das mensch sich erhofft hatte. Insbesondere das Pkw-Aufkommen ist unvermindert hoch.

Als Grundlage für weitere Ver-



Leider noch nicht erledigt: Protest an der Ortsdurchfahrt Finkenwerder

Quelle: Webseite des Bezirksamts Hamburg Mitte

22 kehrsberuhigungsmaßnahmen wurde schon lange vor Fertigstellung der UFi eine Verkehrszählung beschlossen. Augenscheinlich hat diese Zählung zwischenzeitlich stattgefunden – es wurden zumindest im von der zuständigen Behörde angekündigten Zeitraum diverse Zähler gesichtet. Nun jedoch verweigert die Behörde jegliche Auskunft. Das geht bis hin zu einer Mitteilung der Verwaltung an den Regionalausschuss, es habe keine Verkehrszählung stattgefunden, es lägen demnach keine Daten vor.

Omnifraktionell hat der Regionalausschuss daraufhin einen Referenten der zuständigen Behörde angefordert, um zu erfahren, was bei der Zählung herausgekommen ist bzw. wieso keine Zählung stattgefunden hat, und hält dies seit mehreren Sitzungen wegen Nichtteilnahme eines Referenten aufrecht.

Auch über Maßnahmen, den Lkw-Verkehr zur Rüsshalbinsel so kurz wie möglich oder gar nicht (Bypass) durch den Ort zu führen, sollte – so die Versprechungen vor der Fertigstellung – mit den Daten aus der Verkehrszählung und nach Fertigstellung des Südwesttors bei Airbus gesprochen werden. Airbus selbst, sonst immer vornean mit dringlichen Bauanträgen, ist mit der lange angekündigten Eröffnung des Südwesttors als Haupttor zeitlich schwer in Verzug.

Inzwischen gab es zwar einen Versuch, weitere Durchfahrer auf die UFi umzuleiten bzw. den Innerortsverkehr für die AnwohnerInnen erträglich zu machen: Der Antrag der Grünen, für die Ortsdurchfahrt Tempo 30 einzuführen, scheiterte aber an SPD und CDU. Woher soll man auch wissen, ob eine Geschwindigkeitsbeschränkung hilfreich wäre – es fehlen ja die Ergebnisse der Verkehrszählung.

*Kerstin Fremder-Sauerbeck,
zugewählte Bürgerin im Regionalausschuss Finkenwerder*

.....

Wilhelmsburg nach der IBA/igs: Was war, was ist?

Wilhelmsburg ist an vielen Stellen immer noch Baustelle. Und an vielen Stellen hat sich der Stadtteil, wie in der Wilhelmsburger neuen Mitte, sehr verändert. Wo früher Bäume standen, stehen nun „innovative“, uniforme, bauklotz-ähnliche IBA-Bauten, in denen zu wohnen sich nur Besserverdienende leisten können. Der riesige, bunte Neubau der BSU (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt) aber, der dort über allem thront, macht klar, dass man sich in der neuen Mitte Wilhelmsburgs aufhält und nicht in irgendeinem Neubauge-

biet. Das alles ist Geschmackssache. Aber so viel wie in Senats- und Behörden-
pressemitteilungen gejubelt wird, hat Wilhelmsburg nicht wirklich gewonnen. 23

Im Gegenteil haben die Wilhelmsburger BürgerInnen sehr viel ertragen müssen. Sie haben zugesehen, wie tausende Bäume ihrer grünen Insel gefällt wurden. Sie haben zugesehen, wie Kleingartensiedlungen, die bereits seit den 1930er Jahren bestanden, niedergerissen wurden. Selbst vor Biotopen hat man nicht Halt gemacht. Viele Tiere wurden dadurch verdrängt oder einfach getötet. Seit 2008

wurde der gesamte Park südlich der Mengestraße eingezäunt. Nach der Ausstellung wurde zwar der Park an die BürgerInnen übergeben, der Zaun aber blieb und soll, wenn es nach der Verwaltung geht, auch bleiben. Bisher soll der Park eintrittsfrei am Tage zu begehen sein. Nachts soll er jedoch geschlossen bleiben, um die chaotischen Wilhelms-



Künftig Eintritt zahlen?

Der Zaun am igs-Gelände

Foto: Christine Wolfram

burgerInnen davon abzuhalten, die teuren Installationen zu zerstören. Man hatte immer wieder betont, dass auch Wilhelmsburger Betriebe in die Bauarbeiten einbezogen werden sollten. Dafür hat die IBA jedoch keinen Finger krumm gemacht. Wenn man den Gerüchten im Stadtteil glauben schenken darf, gingen Aufträge im Wert von lediglich 1,2 Prozent des Gesamtvolumens an Betriebe im Stadtteil.

Die Mieten wiederum stiegen um rund zwanzig Prozent. Normale, bezahlbare Wohnungen sind in Wilhelmsburg im Moment so gut wie nicht zu haben. Und so genannte Sozialwohnungen, also Wohnungen im ersten und zweiten Förderungsweg, wurden nur sehr wenig gebaut. Die SAGA hat zudem einige von den Häuserblöcken mit kleinen, günstigen Wohnungen abgerissen und bei der Sanierung der anderen Blöcke aus zwei kleinen eine große Wohnung gemacht. Das führte dazu, dass die meisten der ehemaligen Mieter nicht zurückkehren konnten.

Es stellt sich nun also wirklich die Frage, was Wilhelmsburg um so viel lebenswerter gemacht haben soll wie angekündigt wurde und jetzt bejubelt wird:

► **Haben wir nun mehr grüne Umwelt?**

Nein, leider nicht. Eher weniger und teilweise eingezäunt.

► **Haben wir mehr Arbeitsplätze?**

Nein, unsere Wilhelmsburger Betriebe haben so gut wie nicht profitiert.

► **Haben wir nun mehr günstigeren und schönen Wohnraum?**

Leider auch nicht.

Wo früher Bäume standen, stehen nun „innovative“, uniforme, bauklotzähnliche IBA-Bauten, in denen zu wohnen sich nur Besserverdienende leisten können.

24 Aber wir können ja noch hoffen, denn die IBA-Gesellschaft soll uns als Entwicklungsgesellschaft für Bauvorhaben im Hamburger Süden erhalten bleiben. Wir sind gespannt ...

Von der igs sollen die Betonbecken für Blumen und einige andere teure Installationen erhalten bleiben. Die igs-Gesellschaft selbst bleibt nicht. Dafür aber wahrscheinlich der alles umschließende Zaun.

Darauf könnten wir ohne weiteres verzichten ...

Renate Hercher-Reis, Abgeordnete aus Wilhelmsburg

.....

Aus Heinrich Heine:

Ein Wintermärchen, Caput 1

...

Ein kleines Harfenmädchen sang,
Sie sang mit wahren Gefühle
Und falscher Stimme, doch ward ich sehr
Gerühret von ihrem Spiele.
Sie sang von Liebe und Liebesgram,
Aufopfrung und Wiederfinden
Dort oben, in jener besseren Welt,
Wo alle Leiden schwinden.

Sie sang vom irdischen Jammertal,
Von Freuden, die bald zerronnen,
Vom Jenseits, wo die Seele schwelgt
Verklärt in ew'gen Wonnen.

Sie sang das alte Entsagungslid,
Das Eiapopeia vom Himmel,
Womit man einlullt, wenn es greint,
Das Volk, den großen Lümmel.

Ich kenne die Weise, ich kenne den Text,
Ich kenn auch die Herren Verfasser;

Ich weiß, sie tranken heimlich Wein
Und predigten öffentlich Wasser.

Ein neues Lied, ein besseres Lied,
O Freunde, will ich euch dichten!
Wir wollen hier auf Erden schon
Das Himmelreich errichten.

Wir wollen auf Erden glücklich sein,
Und wollen nicht mehr darben;
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
Was fleißige Hände erwarben.

Es wächst hienieden Brot genug
Für alle Menschenkinder,
Auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust,
Und Zuckererbsen nicht minder.

Ja, Zuckererbsen für jedermann,
Sobald die Schoten platzen!
Den Himmel überlassen wir
Den Engeln und den Spatzen.

...
Ein neues Lied, ein besseres Lied!
Es klingt wie Flöten und Geigen!
Das Miserere ist vorbei,
Die Sterbeglocken schweigen.

Die Jungfer Europa ist verlobt
Mit dem schönen Geniesse
Der Freiheit, sie liegen einander im Arm,
Sie schwelgen im ersten Kusse.

Und fehlt der Pfaffensegen dabei,
Die Ehe wird gültig nicht minder -
Es lebe Bräutigam und Braut,
Und ihre zukünftigen Kinder!

...



Die LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte (Stand Februar 2014)

Bezirksfraktion

Bernhard Stietz-Leipnitz (Vors.)

Mail/Telefon

stietz-leipnitz@linksfraktion-hamburg-mitte.de

(040) 24 57 40

Christine Detamble-Voss (stv. Vors.)

christine.detamble-voss@linksfraktion-hamburg-mitte.de

(040) 43 99 672

Sandra Clemens

sandra.clemens@linksfraktion-hamburg-mitte.de

0175 / 740 79 09

Olaf Harms

olaf.harms@linksfraktion-hamburg-mitte.de

(040) 28 57 69 08

Renate Hercher-Reis

renate.hercher-reis@linksfraktion-hamburg-mitte.de

(040) 700 120 33

Tilman Rosenau (Geschäftsführer)

geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

(040) 28 57 69 08

Sie erreichen alle VertreterInnen der LINKEN über die Geschäftsstelle

.....

Ausschüsse

Hauptausschuss

Bernhard Stietz-Leipnitz, Christine Detamble-Voss

Jugendhilfeausschuss

Christine Detamble-Voss, Anja Post-Martens

Stadtplanungsausschuss

Bernhard Stietz-Leipnitz, Renate Hercher-Reis • Ständiger Vertreter: Steffen Leipnitz

Bau- und Denkmalschutzausschuss

Bernhard Stietz-Leipnitz, Nils Boeing • Ständiger Vertreter: Steffen Leipnitz

Ausschuss für Haushalt und regionale Wirtschaftsentwicklung

Renate Hercher-Reis • Ständiger Vertreter: Olaf Harms

Kulturausschuss

Bernhard Stietz-Leipnitz • Ständiger Vertreter: Norbert Eichstädt

Verkehrsausschuss

Stellv. Vorsitzende: Renate Hercher-Reis • Ständiger Vertreter: Ronald Wilken

Umweltausschuss

Sandra Clemens • Ständiger Vertreter: Manfred Schubert

Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung

Olaf Harms • Ständiger Vertreter: Bernhard Stietz-Leipnitz

Ausschuss für Sozialraumgestaltung

Christine Detamble-Voss • Ständiger Vertreter: Ronald Wilken

Sportausschuss

Sandra Clemens • Ständiger Vertreter: Stefan Dührkop

Cityausschuss

Christine Detamble-Voss • Ständiger Vertreter: Ronald Wilken

Regionalausschuss Finkenwerder (und Waltershof)

Bernhard Stietz-Leipnitz, Kerstin Fremder-Sauerbeck • Ständige Vertreter: Dirk Kölsche,
Christian Sauerbeck

Unterausschuss Bau

Kerstin Fremder-Sauerbeck (stv. Vorsitzende) • Ständiger Vertreter: Dirk Kölsche

Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel

Manfred Schubert, Olaf Harms • Ständige Vertreter/in: Stefan Dührkop, Christine Wolfram

Unterausschuss Bau

Manfred Schubert • Ständige Vertreterin: Christine Wolfram

Regionalausschuss Billstedt/Mümmelmannsberg

Renate Hercher-Reis, Wolfgang Strauß • Ständiger Vertreter: Uwe Böhm

Unterausschuss Bau

Renate Hercher-Reis • Ständiger Vertreter: Wolfgang Strauß

Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde/Rothenburgsort

Sandra Clemens, Marion Fisch • Ständiger Vertreter: Jan-Peter Klöckner

Unterausschuss Bau

Sandra Clemens • Ständiger Vertreter: Jan-Peter Klöckner

.....

Beteiligungsgremien

Sanierungsbeirat Wilhelmsburg S6 Berta-Kröger-Platz: Christine Wolfram

Sanierungsgebiet Wilhelmsburg S 5 Südliches Reihertiegviertel: Jörg von Prondzinski

Sanierungsgebiet St. Pauli S 5 Wohlwillstraße: Holger Knorr, Vertretung: Verena Brachvogel

Stadtteilrat für Rothenburgsort: Bernhard Stietz-Leipnitz, Vertretung: Frank Rinnert

Stadtteilbeirat St. Georg Mitte: Bernhard Stietz-Leipnitz, Vertretung: Berno Schuckart

Quartiersbeirat Münzviertel: Bernhard Stietz-Leipnitz, Vertretung: Steffen Leipnitz

Quartiersbeirat Osterbrookviertel: Marion Fisch

Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg: Manfred Schubert, Renate Hercher-Reis

Stadtteilrat Veddel: Stefan Dührkop, Vertreter: NN

Forumsbeirat Billstedt/Horn: Willi Mittelstedt

Kontakt:

Bezirksfraktion DIE LINKE. Hamburg-Mitte
Borgfelder Straße 83
20537 Hamburg

Tel.: (040) 285 769 08

Fax: (040) 285 769 09

fraktion@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Büro Wilhelmsburg:

Georg-Wilhelm-Straße 7a
21107 Hamburg

DIE LINKE.

**Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte**

MITTLINKS ist eine Broschüre der Bezirksfraktion DIE LINKE in Hamburg-Mitte

V.i.S.d.P.: Sandra Clemens und Bernhard Stietz-Leipnitz

Februar 2014, Auflage 1000

Satz und Layout: Drucktechnik

Die Broschüre wird kostenlos abgegeben.